

Wessely, Kurt

Article — Digitized Version

Österreichs eisenschaffende Industrie und die Montanunion

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Wessely, Kurt (1950) : Österreichs eisenschaffende Industrie und die Montanunion, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 30, Iss. 11, pp. 43-49

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131216>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

etwa 300 000 t von der Insel Réunion und den Antillen zur Verfügung gestellt werden können. Zu berücksichtigen ist ferner die Tendenz Französisch-Marokkos, sich für die Zuckerversorgung von dem zu teuren Mutterland unabhängig zu machen, besonders da es verkehrsmäßig für die direkte Einfuhr und eigene Raffinierung kubanischen Zuckers günstig gelegen ist. Wenn Frankreich daher tatsächlich 1 300 000 t Rübenzucker erzeugt, würde es über einen jährlichen Ausfuhrüberschuß von 200 000 bis 250 000 t verfügen. Bereits 1950 kann bei einer Zuckererzeugung von 1 Mill. t und bei dem gegebenen, verhältnismäßig niedrigen Inlandsbedarf unter der Voraussetzung, daß keine Hortungskäufe getätigt werden, mit einem Überschuß von rund 100 000 t gerechnet werden.

Langfristig müßte demnach Frankreich als Zuckerexportland auf dem Weltmarkt erscheinen. Als Hauptabnehmer wird von den zuständigen Stellen bereits Deutschland ins Auge gefaßt. Es ist kein Zufall, wenn die Zuckerrübe zu denjenigen Agrarerzeugnissen gehört, die neben Getreide, Fleisch und Milchzeugnissen in erster Reihe in dem französischen Plan zur Schaffung einer europäischen Agrarunion Berücksichtigung finden.

Von einer französischen Konkurrenz für die deutsche Zuckerindustrie kann kaum die Rede sein, zumal da Westdeutschland auf erhebliche Zuckereinfuhren angewiesen ist. Die französischen Preise liegen übrigens bei normalen Marktverhältnissen zur Zeit über dem Weltmarktniveau. Dieser Unterschied wird allerdings durch die günstigeren Frachtbedingungen teilweise ausgeglichen. Französische Zuckerlieferungen können

unschwer auf dem Wasserweg erfolgen, da die Haupterzeugungsgebiete durch ein sehr dichtes Kanalsystem an die großen kontinentalen Wasserstraßen angeschlossen sind. Zu erwägen wäre im deutschen Interesse die vorwiegende Einfuhr von Rohzucker an Stelle raffinierter Erzeugnisse. Der hierbei zu erwartende französische Widerstand dürfte allerdings nur bei einer Weltüberproduktion von Zucker zu überwinden sein.

Ein- und Ausfuhr von Zucker in Frankreich
(in dz)

Jahr	Einfuhr		Ausfuhr	
	Ausland	Übersee-Gebiete	Ausland	Übersee-Gebiete
1938	1 247 080	1 922 970	47 920	1 878 280
1947	692 809	101 901	117 330	1 471 772
1948	3 049 620	63 989	69 789	1 550 951
1949	1 974 644	577 566	172 562	1 718 003

1938 waren Frankreichs Hauptzuckerlieferanten Kuba (550 030 dz), die Dominikanische Republik (383 160), Réunion (843 180) und Martinique (511 680). 1949 stand Kuba mit 953 453 dz erneut an der Spitze, gefolgt von Großbritannien (256 950), Brasilien (253 160), Uruguay (161 930) und den Niederlanden (148 136). Aus Réunion kamen in diesem Jahr 205 115 dz und aus Guadeloupe 251 973 dz.

Der größte ausländische Abnehmer war sowohl 1938 wie 1949 die Schweiz mit 36 990 bzw. 163 746 dz. Algerien erhielt 1938 745 450 dz und Marokko 766 350. Für 1949 sind folgende Ausfuhren nach den überseeischen Gebieten der Französischen Union zu nennen: Algerien 987 353 dz, Tunesien 265 621 dz und Marokko 242 496 dz.

Osterreichs Eisenschaffende Industrie und die Montanunion

Dr. Kurt Wessely, Linz

Die Eisen- und Stahlerzeugung Osterreichs, die im Jahre 1949 je über 800 000 t betrug, spielt im europäischen Gesamtrahmen nur eine geringe Rolle. Trotzdem ergeben sich bei ihr Probleme, die namentlich im Hinblick auf eine sich abzeichnende Neuordnung der europäischen Montanindustrie von allgemeiner Bedeutung sein können. Denn die eisenschaffende Industrie Osterreichs reicht ihrer ganzen Anlage nach in ihrem Bedarf und ihren Lieferungen über den österreichischen Markt hinaus und verfügt über noch nicht ausgenutzte Kapazitäten, die bei einer Konjunktur besonders interessant sein müssen.

Die praktisch seit dem Jahre 1929, dem Beginn der gerade in Osterreich so fühlbaren Wirtschaftskrise, zum Stillstand gekommene Investitionstätigkeit in der Schwerindustrie erfuhr 1938 eine schnelle Aufwärtsentwicklung. Allerdings erfolgten die neuen Investitionen weniger durch Überholung veralteter Anlagen als durch Schaffung neuer, unorganischer Betriebsstätten. Namentlich die Errichtung der weit über die Verhältnisse Osterreichs angelegten, unvollendeten Hütte Linz im Verbands der „Reichswerke Hermann Göring“ brachte Osterreich in eine ganz neue

Lage. So machte sich, besonders nach der Demontage in dem von den Sowjets 1945 vorübergehend besetzten obersteirischen Industriegebiet, dringend eine Neuordnung erforderlich, die im österreichischen Eisen- und Stahlplan, der zu Beginn des Jahres 1948 aufgestellt war, aber dessen Durchführung noch nicht abgeschlossen ist, ihren Niederschlag fand. Diese Neuordnung wurde um so notwendiger, als die Eisenindustrie fast vollständig verstaatlicht wurde (Erstes Verstaatlichungsgesetz 1946). Auch die Art der Verstaatlichung dürfte außerhalb Osterreichs besonderes Interesse erwecken, um so mehr als es sich dabei vorwiegend um sog. „deutsches Eigentum“ handelt, das trotz Bombardierung und Demontagen erhalten geblieben ist.

DIE GEGENWÄRTIGE LAGE

Aus einer Produktionsübersicht der Eisen- und Stahlindustrie geht zunächst hervor, daß die Vergleichszahl 1937 für Osterreich (im Gegensatz zu anderen Wirtschaftszahlen dieses Landes) insofern zu Fehlschlüssen Anlaß geben kann, als damals auf dem Gebiet der Eisenproduktion die Rüstungskonjunktur Osterreich erfaßt hatte und es so bereits vor dem

Produktion der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie

Erzeugnis	Menge (1000 t)				Index (1937 = 100)	
	1935	1937	1943	1949	1949	2. Hj. 1950
Erzförderung	775	1878	3380	1487	79	107
Roheisen	193	389	945	837	215	237
Rohstahl	364	650	983	834	128	139
Walzeisen	268	434		531	122	139

„Anschluß“ am deutschen Wirtschaftsaufstieg¹⁾ teilhatte. Die erhöhte Produktion im Jahre 1937 war demnach nicht auf innerösterreichische Wirtschaftsverhältnisse zurückzuführen, sondern fast ausschließlich auf außerösterreichische Wirtschaftsfaktoren, in denen sich bereits die Einordnung in den neuen Großraum abzuzeichnen begann. Die im Zuge des Nachkriegsaufbaues erreichten Produktionsergebnisse liegen aber durchweg noch unter den Produktionszahlen der Kriegszeit, die auch nach Erfüllung des Eisen- und Stahlplanes kaum überboten werden dürften. Dabei war Österreich nicht den Produktionsbeschränkungen Westdeutschlands ausgesetzt, konnte die durch die Demontage erlittenen Verluste verhältnismäßig rasch aufholen und genügend Koks beziehen, so daß die zweifellos sehr bedeutenden Produktionserfolge in der Nachkriegszeit weniger überraschen. Andererseits dürfen die Qualitätsverbesserungen (erhöhte Erzeugung von Qualitätsstahl gegenüber der Kriegszeit) und auch die Rückumstellung auf den Eigen- und Exportbedarf Österreichs nicht vergessen werden. Noch bedeutsamer ist das Produktionsverhältnis von Roheisen zu Rohstahl. Während sich die Roheisengewinnung mehr als verdoppelte, konnte die Stahlerzeugung gegenüber 1937 nur um ein Viertel gesteigert werden, so daß die Produktionszahlen einander heute sehr nahe kommen. Abgesehen von unzureichenden, veralteten Walzenstraßen und dem dadurch hervorgerufenen Walzwarenmangel (ein Jahr Lieferfrist), entspricht schon die Stahlproduktionskapazität nicht der gesteigerten Roheisenerzeugung. Dabei ist die Roheisenkapazität noch weit höher als die tatsächliche Erzeugung, während die Stahlerzeugung etwa der Kapazität²⁾ entspricht. Das Hauptbestreben Österreichs muß also auf den Ausbau der rentableren Endfertigung gerichtet sein.

Was die Hochofenkapazität betrifft, so ist ein Vergleich schwer durchführbar. Denn 1937 standen von sechs Hochofen nur zwei (in Donawitz) unter Feuer. Von den jetzt vorhandenen 12 Hochofen stehen gegenwärtig nur vier unter Feuer (zwei in Linz, zwei in Donawitz, ein dritter wurde dort vorübergehend im Herbst 1950 angeblasen, da einer der betriebenen Hochofen in Reserve gesetzt werden soll). Die Werksgruppe in Eisenerz (zwei Ofen), die während des Krieges noch arbeitete, ist zum Abbruch bestimmt. Nach Abbruch eines Ofens in Donawitz ist ein vierter

¹⁾ Seit 1926 hielten die Vereinigten Stahlwerke mit 56 % des Aktienbesitzes die Majorität in dem führenden Konzern der Schwerindustrie, der Alpinen Montangesellschaft A. G., an der vorher schon Stinnes interessiert war.

²⁾ In den Linzer Stahlwerken (VOEST) wurde ab 1. 9. 1949 ein zweiter 150 t März-Siemens Martin-Ofen in Betrieb gesetzt mit einer Monatserzeugung von etwa 8000 t Stahl. Die Rohstahlkapazität liegt also jetzt bei 900 000 t und wird sich im Jahresende noch durch zwei neue Elektroöfen der Alpinen Montangesellschaft in Donawitz erhöhen.

Ofen während des Krieges nur in der Eisenkonstruktion fertiggestellt worden und wird nicht weiter gebaut. Somit bleiben in der Steiermark drei Ofen, während Linz über fünf Ofen (ein sechster Ofen wurde bereits nach Luleå verkauft) verfügt und gegenwärtig zwei davon unter Feuer hält. Da die Linzer Hochöfen größer als die Donawitzer sind, erreicht Donawitz nur einen monatlichen Ausstoß von 28 000 t (39,2 % der Gesamterzeugung Österreichs), während Linz 40 000 t Roheisen (60,8 %) herstellt. So befindet sich allein in Linz eine ungenutzte Roheisenkapazität von monatlich 35 000 t, zu der bei Einsatz der Reserveöfen in beiden Werken weitere 20 000 t hinzugerechnet werden können. Eine Neubeschickung der beiden Hochöfen in Eisenerz (insgesamt 20 000 t Monatskapazität) dürfte trotz der günstigen Lage nahe der Erzbasis kaum mehr in Frage kommen³⁾.

Somit verfügt Österreich über eine latente Hochofenkapazität von mindestens 400 000 t Roheisen jährlich, die vorübergehend sogar auf 700 000 t erhöht werden kann. Diese kommen zu der heutigen Exportmenge von (1949) rd. 350 000 t Roheisen (1937: 54 000 t) hinzu, für die sich mangels entsprechender Stahlkapazität zunächst keine Verwendung in Österreich findet. Beim Anhalten der Rüstungskonjunktur wird der Roheisenexport Österreichs noch so lange andauern, bis die im Stahlplan vorgesehene Umschichtung der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie (erhöhter Stahlaußstoß) durchgeführt ist und das Roheisen vorwiegend im Inland benötigt wird. Das Fortbestehen des Betriebes der Linzer Hütte, gegen die wegen der zunächst fehlenden Verarbeitungsmöglichkeit ihrer Produktion starke Bedenken geäußert wurden, wäre somit gerechtfertigt.

Es fragt sich allerdings sehr, ob Österreich von der ihm zu Gebote stehenden zusätzlichen Hochofenkapazität Gebrauch machen kann. Denn, wie die Tabelle zeigt, ist die Erzförderung noch unzureichend (sie dürfte bis Jahresende allerdings 1,8 Mill. t bei einem durchschnittlichen Eisengehalt von 32 % nahekommen). Andererseits verfügt Österreich zwar über eine sehr leistungsfähige Kokerei (Linz), hat aber keine Steinkohlen-Vorkommen. Die an die Kokerei Linz angeschlossenen Stickstoffwerke arbeiten bereits mit voller Kapazität und dürften — abgesehen davon, daß sie sich sogar durch den Einbau einer VIAG-Anlage teilweise vom Koksgas unabhängig gemacht haben — nicht imstande sein, wesentlich mehr Koksgas abzunehmen, für das sich also keine Verwendung finden würde. Außerdem besteht die Möglichkeit, daß Westdeutschland mehr als bisher auf den Bezug von Kohle anstatt von Koks drängen wird, nachdem es die Souveränität über seine Kohlenproduktion weitgehend zurückerhalten hat.

Ist also die Verwertung der österreichischen Roheisenkapazität — so wie in den vergangenen Jahren — auch in Zukunft in steigendem Maße nur im Rahmen einer europäischen Zusammenarbeit möglich, so

³⁾ Auf die Holzkohlen-Hochofenanlage in Sulzau-Werfen (Konkordiahütte mit eigener Erzbasis) für Spezialstahlroheisen für Kokillen- und Walzenguß wird wegen ihrer mengenmäßig unbedeutenden Erzeugung hier nicht eingegangen. Sie ist nicht verstaatlicht, ihre Erhaltung im Stahlplan aber vergessen.

drängt sich auch für die Deckung des Kohle- bzw. Koksbedarfs Österreichs eine faktische Eingliederung in den Schumanplan auf, wenn sie auch staatsrechtlich vorerst unmöglich ist.

Voraussetzung dazu ist allerdings, daß Österreich die Weltmarktpreise halten kann. Es wird von österreichischen Sachverständigen übereinstimmend betont, daß Österreich trotz der weiten Entfernung seiner Kohlenbasis mit den Roheisenproduktionskosten der Ruhr Schritt halten konnte und daß sich die um 20—30 % höheren Kosten erst aus den höheren Verarbeitungskosten der Walzwerke ergeben haben⁴⁾.

Auch gegenwärtig liegt Österreich in seinen Selbstkosten mit der Ruhr gleich (freilich ist die Abschreibungsquote möglicherweise geringer) und hofft, dank der noch zu besprechenden Betriebsverbesserungen auch in der Endfertigung künftig mit dem Ausland Schritt halten zu können. Daß die österreichische Eisenindustrie in den Jahren vor dem Kriege nicht überhaupt vom Ausland überrannt worden ist, hatte sie nur ihrem festen, konzernmäßigen Zusammenschluß, der Zollpolitik, noch mehr aber der Internationalen Rohstahlgemeinschaft zu danken, wodurch sie teils Quoten, teils Gebiete zugesichert erhielt und ihren Einfluß auf den Südosten (Jugoslawien) behaupten konnte.

Sofern die Neuregelung im Rahmen des Schumanplanes die freie Preisbildung aufrecht erhalten wird, dürfte Österreich in einen Preisdruck kommen. Bisher hat Österreich mit verbilligten Exportpreisen zu Lasten der inländischen Wirtschaft gearbeitet. Der Kurswirrwarr um den österreichischen Schilling begünstigte diese Methoden, die in der Europäischen Zahlungsunion erschwert werden.

Aber auch beim Quotenprinzip ergeben sich für Österreich insofern Schwierigkeiten, als es — wie die Aufstellung zeigt — künftig weit größere Produktionsmengen als 1937 — geschweige denn als bei der Gründung der Rohstahlgemeinschaft aufweisen kann. Dies gilt namentlich für die Blechproduktion. Die Linzer Breitbandstraße kann nur bei reichlichen Exportmöglichkeiten arbeiten. Die mit 240 000 t angesetzte Linzer Jahresproduktion dürfte nur der halben Kapazität entsprechen. Ohne internationale Vereinbarungen, namentlich mit der lothringischen „Sellac“ über die Abgrenzung im süddeutschen Raum müßte die bereits aus den USA. in Anlieferung begriffene Linzer Anlage den Grundsätzen des Schumanplanes einer Investitionskoordination geradezu widersprechen. Andererseits ist es durchaus möglich, daß es in Österreich noch zur Zusammenlegung weiterer kleinerer Betriebe kommt, die vorwiegend aus sozialpolitischen Gründen erhalten geblieben sind. Dagegen wird es keine Schwierigkeiten bieten, den Edelstahl unterzubringen, auf dessen Erzeugung im Stahlplan beson-

⁴⁾ Malzacher: „Österreichs Eisen in Vergangenheit und Zukunft“, Linz, 1950 (Wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft). Über die früheren Zusammenhänge unterrichtet erschöpfend die Festschrift „Die österreichische Alpine Montangesellschaft 1881—1931“, Verlag Springer und Stahlisen G. m. b. H., Düsseldorf, 1931.

Für die österreichische Roheisenerzeugung ergibt sich auf Basis heimischen Erzes das Verhältnis 1 t Roheisen : 1 t Ruhrkohle : 2,2 t Erz, so daß der Kohlentransport nicht ausschlaggebend ist. Bei der Planung der Hütte Linz war mit der billigen Wasserfracht des Rhein-Main-Donau-Kanals gerechnet worden. Der Koksverbrauch, namentlich in Linz, ist sehr niedrig.

deres Gewicht gelegt wird⁵⁾. Es wird allerdings befürchtet, daß der deutsche Markt (legierte Werkzeugstähle) sich stärker der anglo-amerikanischen Konkurrenz öffnen könnte.

Die Perspektiven des Schumanplanes (oder jeder beliebigen anderen Großraumlösung) werden aber noch stark vom Kohlenbedarf der österreichischen Werke beeinflusst. Während Österreich vor dem Kriege nur Gaskoks erzeugte und Hüttenkoks vorwiegend einfuhrte, hat sich dies durch die Errichtung der Kokerei Linz⁶⁾ grundlegend geändert. Da vorwiegend Ruhrkohle bezogen wird, während Österreich sich früher hauptsächlich tschechischer und polnischer Kohle bediente⁷⁾ (bei den Linzer Hochöfen kann polnischer Koks nur mit höchstens 25 % herangezogen werden), hat sich die Kohlenlieferung Westdeutschlands nach Österreich gegenüber der Vorkriegszeit fast verdoppelt. Österreich hat damit durch die Vermittlung der alliierten Behörden und den Einsatz von Ziehungsrechten eine bevorzugte Stellung in der Kohlenversorgung erlangt. Da die Abdeckung durch Stromlieferungen nur sehr unzureichend erfolgen kann, so muß sich daraus für die Zukunft ein sehr ernstes Problem im deutsch-österreichischen Handelsverkehr ergeben.

Da die Tschechoslowakei infolge der fortschreitenden Industrialisierung kaum mehr verkockbare Kohle exportieren können und die polnische Kohle den durch die modernen Hochöfen gestellten Anforderungen nicht gewachsen ist, entsteht eine starke wirtschaftliche Bindung Österreichs an die Schumanplanländer, namentlich an Westdeutschland, die von bleibender Bedeutung ist. Außerdem ist Österreich daran interessiert, möglichst viel über die Kokerei Linz umzusetzen, deren Kapazität noch lange nicht ausgenutzt ist und die sich schon jetzt ab Regensburg des Wasserweges bedient.

Für Österreich stellt sich also die Aufgabe, sich den Kohlenbezug (Koks dürfte weniger erwünscht sein) im Rahmen der europäischen Neuordnung der Montanindustrie zu sichern. Es muß in diesem Zusammenhang darauf verwiesen werden, daß das zwar arme Erz (30—36 % Eisengehalt) des Erzberges sehr rein ist und einen hohen Mangangehalt (2 %) besitzt, so daß es auch im Ausland sehr geschätzt wird. Dieses Erz bietet — eine entsprechende Produktionssteigerung vorausgesetzt — zusammen mit Magnesit, Grubenholz und vorübergehend auch mit Roheisen die Möglichkeit zu Kompensationsgeschäften innerhalb der Montan-Union. Ansätze zu einer solchen Verbindung zeigt bereits die Vereinbarung über Lieferung von 150 000 t Erz gegen die der Eisenmenge entsprechende Schrott-

⁵⁾ Die Edelstahlherzeugung entfällt je zur Hälfte auf die Alpine Montan (Konzernwerk: Steirische Gußstahlwerke, Judenburg mit 30 % Exportquote), und Böhler sowie Schoeller-Bleckmann (anteilmäßig gleich mit etwa 45—50 % Exportquote). Diese drei Unternehmen sind verstaatlicht. Vor dem Kriege betrug die Exportquote 70 %.

⁶⁾ Kokerzeugung in Linz 1949 858 000 t. Es fehlt bisher eine Teerdestillation, wofür eine Anlage für 30 Mill. S in Westdeutschland schon seit langem angekauft werden soll.

⁷⁾ Von der Gesamteinfuhr von 2,6 Mill. t Steinkohle im Jahre 1937 stammten nur 126 000 t von der Ruhr und 272 000 t von der Saar, aber 1,3 Mill. t aus der Tschechoslowakei, 0,8 Mill. t aus Polen und 0,13 Mill. t aus Oberschlesien. Die Gaskokerzeugung betrug 0,55 Mill. t, davon 0,22 Mill. t aus der Tschechoslowakei, 0,06 Mill. t aus Polen und 0,04 Mill. t aus Oberschlesien sowie 0,21 Mill. t aus dem Ruhrgebiet.

menge von 45 000 t aus Westdeutschland (1949), deren Nichteinhaltung seitens Westdeutschland infolge der jüngsten Ereignisse allerdings befürchtet werden muß⁸⁾. Der Schrottmangel Österreichs, der durch die sowjetische Verwaltung der wichtigsten Industriebetriebe der Ostzone verschärft wird, war übrigens für die beschränkte Zielsetzung des Eisen- und Stahlplanes bestimmend.

DER EISEN- UND STAHLPLAN

Der von dem inzwischen aufgelösten Planungsministerium ausgearbeitete Plan ist neben dem Plan für die Elektrizitätswirtschaft die einzige voll ausgearbeitete Planungsgrundlage Österreichs. Beide haben keine Gesetzeskraft und wurden nie amtlich veröffentlicht⁹⁾. Dieser Plan will eine Richtschnur für die künftigen Investitionsvorhaben in der Eisen- und Stahlindustrie geben. Da die Roheisenerzeugung ganz (ausgenommen Sulzau-Werfen) und die Stahlindustrie mit 95 % der im Stahlplan vorgesehenen Produktion verstaatlicht wurde, so stellt der Plan nicht nur Empfehlungen dar, sondern legt die künftige Eisenwirtschaftspolitik für ganz Österreich fest. Die Richtigkeit der wesentlichen Voraussetzungen für diesen Plan hat sich inzwischen gezeigt, doch ist zu bemerken, daß dieser Plan zwar im allgemeinen mit einer Durchführungszeit von etwa 10 Jahren (ab 1947/48) rechnet, aber ohne die durch den Marshallplan gewährte Hilfe niemals hätte realisiert werden können. Er ist im übrigen noch zu einer Zeit entstanden, bevor die Planung des ERP. vorlag, die ihm aber im wesentlichen folgt. Auch die sehr umstrittenen Investitionen für Linz konnten im Rahmen des ERP. realisiert werden. Differenzen zwischen beiden Plänen ergeben sich allerdings daraus, daß im ERP. 1952/53 als Endjahr vorgesehen ist, während der Eisenplan auf längere Sicht aufgestellt ist und sich nicht an Fristen bindet. Andererseits werden manche der mit Ablauf des ERP. noch nicht abgeschlossenen Investitionsvorhaben erst in den folgenden Jahren produktiv wirksam werden. Es kann daher bereits heute gesagt werden, daß die im Rahmen des ERP. festgelegten Endquoten bei Anhalten der gegenwärtigen Entwicklung sich den Planquoten nähern, d. h. daß die Zielsetzung des Planes im wesentlichen schon mit Ablauf des ERP. erreicht werden wird.

Osterreichischer Eisenplan und die ERP.-Planung (in 1000 t)

Erzeugnis	1937	1949	ERP.-Ziel		
			1948/49	1952/53	
Eisenerz	1878	1487	1250	1800	2200
Roheisen	389	837	660	700	797
Rohstahl	650	834	700	900	1070
Walzware	427	531	400	600	(700?)

Als Kosten dieses Programms wurden allein für die Ausdehnung der Rohstahlerzeugung 5,3 Mill. \$ und 215 Mill. S (Werte von 1948) festgesetzt, für das ganze Programm würden nach Angaben des ERP. 110 Mill. \$ bei mindestens 45 Mill. \$ Devisenbedarf für Aus-

⁸⁾ Andere Angaben sprechen sogar von 75 000 t Schrott, die aus Westdeutschland kommen sollten, sowie einem Tausch von 100 000 t Koks gegen 150 000 t Erz.

⁹⁾ Einen ausführlichen Auszug bietet „Arbeit und Wirtschaft“, Nr. 3/4 1948, und in gedrängter Form „Stahl und Eisen“, Nr. 18, 1950. Letztere Arbeit stammt von Dr. F. Leitner, der als Generalkonsulent der Eisenholding maßgebenden Einfluß auf die Planausgestaltung hatte.

landsbezüge erforderlich sein. Bis Ende 1949 sind bereits 595 Mill. S, vorwiegend aus ERP.-Mitteln, zum Teil aber auch aus Eigenfinanzierung aufgebracht worden. Der Finanzbedarf für die folgenden drei Jahre wurde auf 1,1 Mrd. S veranschlagt, wovon 700 Mill. S durch Counterpart-Mittel aufgebracht werden sollen. Die allgemeine Preissteigerung dürfte inzwischen die Schätzung überholt haben. Von 40,5 Mill. \$ aus ERP.-Mitteln (1945—50) für Investitionen entfallen 14,2 Mill. \$ auf die Eisenindustrie. Es ist begreiflich, daß die dafür in Anspruch genommenen, für Österreich sehr erheblichen Summen nicht ohne Widerspruch blieben. Einerseits wurde es als drückend empfunden, daß so große Beträge in einem kapitalarmen Lande in Investitionen festgelegt wurden, deren kostenverbilligende Auswirkungen erst im Laufe der Jahre eintreten, andererseits wurde von der nicht-sozialistischen Mehrheit des Volkes beanstandet, daß die Investitionen vorwiegend verstaatlichten Betrieben zugute kämen. Da aber in letzter Hinsicht die ERP.-Verwaltung maßgebend war, wurden diese inländischen Bedenken außer acht gelassen und am ursprünglichen Plan festgehalten, obwohl selbst die Sozialisten eine geringere Stahlquote vorgezogen hätten. Es darf allerdings nicht verschwiegen werden, daß die Gefahr von Überinvestitionen insofern nahe lag, als sich die ERP.-Verwaltung anfänglich weniger um die Aufteilung der Hilfssummen kümmerte. Inzwischen hat jedoch ein rigoroseres Regime eingesetzt, das auch bereits zu gewissen Beschränkungen geführt hat, ohne aber das Wesen dieser Investitionsvorhaben anzugreifen. Wie man sieht, waren sogar die österreichischen Schätzungen für das ERP. zurückhaltender als die ursprünglichen Planzahlungen, sie sind aber durch die bisherige Entwicklung widerlegt worden. Im übrigen ist durch das Anrollen der amerikanischen Lieferungen (namentlich der Blockstraßen in Donawitz, Linz und Kapfenberg, die ab Ende 1950, und der Anlagen für das Feinblechwalzwerk Linz, die Ende 1951 in Betrieb genommen werden sollen) die Entwicklung auf diesem Sektor bereits festgelegt.

Sehr bedeutsam sind die Planungen zur Vergrößerung der Stahlkapazität. Auf Grund der bereits vorhandenen Kapazitäten wird an Roheisen in Donawitz 412 000 t (kaum mehr als 1937), in Linz 385 000 t erzeugt werden. Dagegen bestehen erhebliche Unterschiede in der Stahlerzeugung: Die Alpine Montangesellschaft (Donawitz) erhält 457 000 t zugewiesen, Linz hingegen nur 305 000 t. Dies ergibt sich daraus, daß das Donawitzer Stahlwerk (13 Siemens-Martin-Ofen, 2 Elektroöfen) nicht wesentlich vergrößert werden muß, während die Stahlproduktion des Linzer Werkes bei Kriegsende noch nicht ausgebaut war. Das Werk besaß einen 150-t-Siemens-Martin-Ofen und vier Elektroöfen, von denen aber zwei ausgebaut wurden. An ihre Stelle trat der bereits erwähnte zweite Siemens-Martin-Ofen. Die Kapazität der beiden Siemens-Martin-Ofen beträgt 180 000 t (Leistung 1949: 163 000 t).

Die weitere Ausgestaltung des Linzer Werkes bis zu der im Plan vorgesehenen Erzeugung erfolgt durch

ein neuartiges Sauerstoffblasverfahren (zwei 15-t-Konverter), das auf deutsche, während des Krieges unternommene Versuche zurückgeht und das bereits seine industrielle Brauchbarkeit erwiesen hat. Überhaupt konnte die österreichische Industrie, die im wesentlichen auch von demilitarisierenden Auflagen verschont blieb, auf deutsche Erfahrungen zurückgreifen, da eine große Anzahl österreichischer Ingenieure aus Deutschland und dem Sudetenland zurückkehrten.

Auch für Donawitz ist die Umstellung auf das Induktions-Blasverfahren (hier ohne Sauerstoff) im Plan vorgesehen. Dieses Vorhaben dürfte aber nicht mehr mit ERP-Mitteln finanziert werden und vorerst zurückgestellt werden müssen. Das Verfahren in Linz erscheint deswegen volkswirtschaftlich bedeutsam, weil es einen verminderten Schrottbedarf hat, dafür aber mit mehr Roheisen als das Siemens-Martin-Verfahren arbeitet. Der Mangel an Schrott, von dem bereits 1937 70 000 t eingeführt werden mußten, erweist sich wegen der steigenden Preistendenz als besonders drückend. Eine erhöhte Erzförderung ist daher nötig und nach den gegenwärtigen Förderzahlen auch durchaus erreichbar.

Auf der anderen Seite ist man bemüht, den Koksbedarf, den anderen Engpaß der österreichischen Eisenindustrie, durch Verwendung von Niederschachtöfen erheblich zu vermindern. Versuche mit steirischem Erz in Italien sind erfolgreich gewesen. Es ist aber bisher nicht möglich gewesen, den geplanten ersten 100-t-Ofen in Donawitz zu errichten, für dessen Erstellung drei Jahre und für dessen Erprobung weitere ein bis zwei Jahre erforderlich sind. Geplant ist die Umstellung der ganzen Roheisenherzeugung von Donawitz auf weitere sechs 215-t-Niederschachtöfen, was 12,1 Mill. \$ und 230 Mill. S erfordern würde. Dieses Vorhaben beansprucht jährlich etwa 1 Mrd. kWh. Dafür liegen zur Zeit die Strompreise zu hoch, und außerdem ist auf absehbare Zeit die erforderliche Strommenge nicht verfügbar. Es ist bedauerlich, daß die Versuche nicht noch in der Zeit der ERP-Kredite durchgeführt worden sind, da beim Wasserkraftreichtum des Landes (auf der Londoner Weltkraftkonferenz wurde die Erzeugungskapazität neuerdings mit 40 Mrd. kWh angegeben) die Stromerzeugung leichter als in anderen Ländern entwickelt werden könnte. Es erscheint auch durchaus wirtschaftlicher, den Strom im eigenen Lande unter Kohleneinsparung zu verwenden, als Strom zu exportieren und dafür Kohle zu kaufen. Denn mit Ablauf der Ziehungsrechte wird der Strom ein Hauptausfuhrgut Österreichs, namentlich nach Westdeutschland, darstellen. Der Ausbau der Wasserkraft wird aber ohne Auslandshilfe nicht möglich sein.

Die Edelstahlherzeugung wird in Kapfenberg und Judenburg konzentriert werden, so daß Schoeller-Bleckmann ebenso wie die meisten anderen durch Demontage geschädigten Werke dadurch in das Hintertreffen kommen. Sie sollen dafür andere Endfertigungen übernehmen. Der Plan einer Vereinigung der gesamten Edelfertigung in dem dafür besonders geeigneten, erst im Kriege errichteten Edelfertigerwerk Marein im Mürtal wurde fallen gelassen, weil in-

folge der gründlichen Demontagen eine Wiederherstellung etwa 500 Mill. S erfordert hätte. So fand eine gewisse organisatorische Zusammenlegung der bisherigen vier Hauptedelstahlproduzenten in zwei Gruppen statt.

Die eine Gruppe bildet Judenburg („Styria-Stahl“, die zum Alpine-Konzern gehörenden obersteirischen Gußstahlwerke) mit Donawitz, das neben Handels-eisen S.M.-Edelstahl erzeugt. Die andere Gruppe, deren Zusammenfassung ebenfalls nur in der Vereinheitlichung der Produktionsprogramme, nicht aber in einer technisch-kommerziellen Zusammenfassung besteht, wird von den Böhler-Werken und Schoeller-Bleckmann gebildet, die untereinander wesentliche Umstellungen vornehmen. So erhält Böhler in Kapfenberg¹⁰⁾ eine neue Blockstraße, die auch Platinen für das Blechwerk Hönigsberg (Schoeller-Bleckmann) liefern wird. Nach Hönigsberg soll auch der bisherige Kapfenberger Edelfertigerblechteil verlegt werden. Dafür werden die Feinstrecken in Hönigsberg aufgegeben. Das in der Sowjet-Zone liegende Ternitzer Schoeller-Werk verliert damit die Platinenlieferungen nach Hönigsberg und die auf Kapfenberg konzentrierte Stabstahlerzeugung; es soll dafür durch die Ausgestaltung der Gießerei, durch die Fertigung von Tiefbohrgeräten und Radsätzen entschädigt werden, doch scheint die dort geplante Rohrerzeugung nicht aufgenommen worden zu sein.

Planung der Stahlproduktion
(in 1000 t)

Werk	Blasverfahren	S. M.-verfahren	Elektroverfahren	insges.	davon Edelfertiger
Alpine, Donawitz	(368) ¹⁾	440	17	457	41,2
VOEST, Linz	140	140	25	305	8
Böhler, Kapfenberg		64	60	124	101
Schoeller, Ternitz		48	20	68	22,8
Felten, Diemlach ²⁾		45		45	45
Gußstahlwerke Judenburg (Alpine-Konzern)			37	37	37
Hütte Liezen		12	7,5	19,5	
Pengg, Breitenfeld ²⁾			3	3	3
übrige Stahlgießereien				12	12
insgesamt	140	749	181,5	1070,5	210

¹⁾ Der im Plan auf Donawitz entfallende Blasstahl wird dem diesem Werk zugewiesenen S. M.-Stahl (72 000 t) zugerechnet, da eine Umstellung auf dieses Verfahren noch nicht spruchreif ist.

²⁾ nichtverstaatlichte Werke.

Es zeigt sich also, daß trotz der Rationalisierungs- und Zusammenlegungsbestrebungen noch immer eine Anzahl Stahlwerke bestehen bleiben. Die vorgeschlagene radikale Lösung (je ein Werk für Handelseisen, Mittelqualität und Edelfertiger) konnte, abgesehen von dem unverhältnismäßig hohen Investitionsaufwand, auch mit Rücksicht auf die bereits bestehenden Werke der nachverarbeitenden Industrie nicht akzeptiert werden. Die Zuordnung einer verhältnismäßig geringen Stahlquote für Linz wurde, abgesehen von den dort sonst notwendigen weiteren Investitionen, auch damit begründet, daß sich dieses Werk eine Reihe von Endfertigungen (Schmiede, Presse, Stahlbau, Rohrbau usw.) angliedern konnte und daher durch seine Vielseitigkeit krisenfester erscheint.

Im Walzprogramm erhält Linz den Großteil der Blechfertigung zugewiesen (240 000 t), wodurch die neue Breitbandstraße jedoch noch keineswegs voll ausgelastet wird. Es wird trotzdem bereits eine wesent-

¹⁰⁾ Die Leistung dieses 850-er Duo-Reversier-Edelfertigerblockwalzwerkes für Knüppel- und Stabstahl wird mit 100 000 t jährlich angegeben. Es soll Ende 1952 seinen Betrieb aufnehmen.

liche Senkung der Produktionskosten erwartet und überschüssige Exportkapazität geschaffen. Bei einem Florieren dieser Anlage müßte die Stahlherzeugung in Linz vergrößert werden.

In Linz besteht bereits ein Quarto-Reversiergerüst — ursprünglich für Panzerplattenfertigung gebaut —, das nun Grob- und Mittelblech bis 2200 mm herstellt. Es wurde bereits nach dem Kriege durch zwei wenig leistungsfähige Feinblechgerüste ergänzt. Im Zuge des ERP. erhält nun Linz ein Brammenwalzwerk, das der Grobstraße vorgelagert wird und im Frühjahr 1951 in Betrieb genommen werden kann, und eine kontinuierliche fünf-gerüstige 1675-mm-Feinblechwalzstraße; beide werden aus den USA. geliefert. Die Angliederung eines ebenfalls im Plan vorgesehenen und durch ERP-Mittel zu beschaffenden Kaltfeinblechwalzwerkes wird erwartet.

Donawitz dagegen ist im wesentlichen nur auf die Herstellung von Profileisen angewiesen bzw. auf die Belieferung seiner nachverarbeitenden obersteirischen Konzernindustrie, so daß eine größere Stahlquote für dieses Werk zweckmäßig schien, um dadurch einen Ausgleich für fehlende Endfertigungen zu geben, die Linz besitzt. Sie reicht aber ebenfalls zur Vollaussnutzung der neuen Investitionen nicht aus, um so weniger, als auch hier in der Walzwarenfertigung noch Erzeugungspässe bestehen.

In Donawitz wurde während des Krieges eine neue Blockstraße erbaut, die demontiert worden ist. An ihrer Stelle wurde mit großer Mühe die bereits stillgelegte dampfgetriebene aus dem Jahre 1897 stammende Straße in Betrieb gesetzt. Sie wird nun durch eine 1100-er Morgan-Blockstraße ersetzt, die bereits Ende 1950 in Betrieb genommen werden kann. An sie schließt sich eine kontinuierliche, sechs-gerüstige, ebenfalls amerikanische Knüppelstraße für das Profilvermaterial an, die später noch durch eine Formstahlstraße ergänzt werden soll. Für die Blockstraße wird ein Monatsbedarf von 40 000 t Roheisen, für die Knüppelstraße von 25 000 t Roheisen gerechnet. Außerdem wird im Konzernwerk Kindberg, das über mehrere bald 50 Jahre alte Walzstraßen verfügt, die Trio-Feinstraße erneuert.

Der Alpinen Montangesellschaft fällt somit eine Produktion von jährlich 265 000 t Stabstahl, Knüppeln und Formstahl zu. Wenn aber an den hohen Exportbedarf (besonders für Schiffs- und Kesselbleche), namentlich in Konjunkturzeiten, gedacht wird, so scheinen die bestehenden Anlagen in Linz nicht genügend ausgenutzt, in Donawitz aber für manche Profilsorten nicht ausreichend zu sein. Es erhebt sich die Frage, ob die im Plan vorgesehene Stahlmenge ausreicht. Allerdings darf eine vorübergehende Konjunktur nicht der Anlaß zu teuren und langwierigen Investitionen sein.

Keines der beiden Hauptwerke erreicht in seiner gegenwärtigen Form und Größenordnung das Leistungsoptimum. Man muß aber stets die geringe Kapitalkraft Österreichs berücksichtigen, die jede Investition zu einem Problem macht und für die die erforderlichen Mittel ohne ERP-Hilfe nur durch Export, der zu Lasten der Inlandsversorgung geht, beschafft werden können. Immerhin müßte im Rahmen des Schumanplanes oder

einer anderen europäischen Neuordnung die Funktion der österreichischen Werke überprüft werden, deren vorhandene Werte allein schon eine Heranziehung für die europäische Wirtschaft interessant machen.

Die weiteren technischen Reorganisationsarbeiten bestehen meist in der Zusammenlegung von Produktionsprogrammen. Tatsächlich stillgelegt wird nur das Werk Neuberg, dessen Federnerzeugung nach Judenburg verlegt wird, das ausschließlich Elektro-Edelstahl erzeugen und eine 630-er Trio-Blockstraße erhalten soll. Obwohl der Plan bei der Bereinigung der Produktionsprogramme sehr behutsam vorgeht, ist es doch wahrscheinlich, daß die notwendig werdenden Umstellungen auf den schärfsten Widerstand der Belegschaft stoßen werden, die bisher bereits die Schließung von Neuberg verhinderte. Sollten sich diese Umstellungen noch dazu im Zeichen einer Krise abspielen, wie sie vermutlich infolge Ablauf der ERP-Hilfe gerade bei Betriebsbeginn der neuen Kapfenberger Blockstraße auftreten wird, so dürfte die Durchführung des ganzen Programms gefährdet sein. Man wird mit der Mentalität der Belegschaft der verstaatlichten Betriebe rechnen müssen. Auch aus anderen Gründen hat man es bisher für undurchführbar erklärt, die Edelstahlwerke unter Beibehaltung der Marken kommerziell und verwaltungsmäßig zusammenzulegen, wozu die Gruppenbildung bereits den Anfang bilden könnte. Man glaubt nämlich, daß sich dies ungünstig auf den Umsatz auswirken könnte, da die österreichischen Marken Weltruf genießen. Für das Inland wird aber das Fortbestehen einer gewissen Rivalität und Konkurrenz unter diesen Werken für zweckmäßig erachtet. Aber auch abgesehen von diesen Erwägungen werden die gegenwärtigen politischen Verhältnisse in Österreich eine wirkungsvolle Rationalisierung unmöglich machen. Hierin und in der gerade bei diesen Betrieben noch immer ungenügenden Produktivität liegt ein Hauptproblem der Verstaatlichung.

VERSTAATLICHUNG

Die Verstaatlichung wurde 1946 trotz einer bürgerlichen Parlamentsmehrheit vor allem deswegen eingeführt, weil man auf diese Weise das damals herrenlose deutsche Eigentum bequem erfassen wollte. Auch spielte vielleicht die Erinnerung an den bedeutenden Einfluß der „Alpine“ in der Zeit der ersten Republik, den man in Zukunft ausschließen wollte, dabei eine Rolle. Die Verstaatlichung erstreckte sich daher in erster Linie auf das deutsche Eigentum, praktisch also auf die gesamte Endstufe der Schwerindustrie, die vorwiegend in der Ostzone liegt und bis auf weiteres unmittelbar von den Sowjets kontrolliert wird. Bei diesen sog. USIA.-Betrieben steht also die Verstaatlichung bis zum Abschluß des Staatsvertrages lediglich auf dem Papier.

Die Energieerzeugung, der Bergbau und die eisenschaffende Industrie wurden jedoch aus prinzipiellen Gründen verstaatlicht. Infolge der Konzernverflechtung und der vertikalen Struktur der früher deutschen Eigentümern bildenden Betriebe ragt aber die Verstaatlichung der eisenschaffenden Industrie bis weit in die Endfertigung hinein, wenn sie hier auch nur lückenhaft ist.

Auf Grund des Verstaatlichungsgesetzes, das nur die Eigentumsrechte, nicht aber, wie kasuistisch hervor- gehoben wird, den Betrieb verstaatlicht, sollte eine Entschädigung gewährt werden. Sie ist bis heute noch nicht erfolgt, auch die Grundsätze, nach denen sie vor- genommen werden soll, sind nicht bekannt. Obwohl nach den bisherigen Staatsvertragsverhandlungen das deutsche Eigentum entschädigungslos an Österreich übergehen sollte (nur den Sowjets wären 150 Mill. \$ zu zahlen), kann Österreich daraus kaum das Recht ableiten, rechtmäßigen deutschen Vorbesitzern jede Entschädigung überhaupt zu verweigern. In dieser Hinsicht haben sich — offenbar angeregt durch die wachsende wirtschaftliche Bedeutung Westdeutschlands und die Erfordernisse der europäischen Zusammen- arbeit — in Österreich Stimmen erhoben, die eine mögliche Neuregelung der rechtlichen Grundlage des deutschen Eigentums anzudeuten scheinen. Sollte dies zutreffen und eine gewisse Entschädigung für bestimmte deutsche Vorbesitzer (oder sogar deren weiteres Eigentumsrecht) ernstlich in Erwägung gezogen werden, dann würde die gesamte Verstaatlichung in Österreich auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden.

Aber auch ohne auf diese für die Verstaatlichung un- günstigen Perspektiven näher einzugehen, muß fest- gestellt werden, daß die verstaatlichten Betriebe in Österreich bisher die Möglichkeit hatten, praktisch ohne Kapitalbelastung zu arbeiten und den deutschen Investitionsaufwand entweder gar nicht oder nur sehr niedrig zu bilanzieren. Es ist daher sehr fraglich, ob es sich nach Berücksichtigung dieser Faktoren bei der behaupteten aktiven Finanzgebarung der verstaat- lichten Betriebe um echte Reingewinne oder nur um Betriebsüberschüsse ohne Abschreibung und Kapital- dienst handelt. Dies müßte aber zur Verhütung von Selbsttäuschung und zur Einhaltung fairer Konkurrenz- bedingungen grundlegend geklärt werden. Es ist aber auch zu bemerken, daß Österreich noch keine Nach- kriegs-Eröffnungsbilanz kennt und die wenigen bisher veröffentlichten Bilanzen der Eisenindustrie nach dem bisherigen Schema, also mit verwässertem Aktien-

kapital, erstellt sind. Die Betriebe sollen weiterhin auf privatwirtschaftlicher Basis geführt werden, was aber durch parteipolitische Einflüsse erschwert wird. Viel- fach bestehen keine endgültigen Gesellschaftsorgane, da über deren Ernennung noch keine Einigung erzielt worden ist. Solche Ernennungen haben vielmehr, wie im Falle der VOEST, zu schweren Betriebsbeunruhigungen geführt, und es besteht ferner die Gefahr, daß Fach- leute entweder überhaupt nicht berufen werden oder ihr Einfluß durch politische Exponenten geschmälert wird, um so mehr als Doppel-, ja Vierfachbesetzungen ins Auge gefaßt werden.

Ein seit den letzten Wahlen neu erstandenes soziali- stisch verwaltetes Ministerium für verstaatlichte Be- triebe bemüht sich jetzt, Ordnung zu schaffen. Ein Erfolg dieser Bemühungen wird sich erst in der Zu- kunft zeigen. Wirtschaftlich bedeutsam ist aber, daß die verstaatlichten Betriebe infolge ihrer Unterschied- lichkeit nur schwer gemeinsam verwaltet werden können. Für die Energieerzeugung, den Kohlenberg- bau und die eisenschaffende Industrie ist die Lage in- folge der totalen Verstaatlichung günstiger. So wurde für die eisenschaffende Industrie als Dachgesellschaft die „Eisenholding“ in Form einer GmbH. gegründet, die allerdings darunter leidet, daß ihre Mitglieder noch nicht alle ernannt sind. Außerdem besteht eine ge- wisse Doppelgleisigkeit, weil sich das Ministerium in manchen Fragen unmittelbar an die Betriebe wendet. Geplant ist, daß die Leiter der staatlichen Eisenholding zugleich im Arbeitsausschuß der Aufsichtsräte der formell selbständig bleibenden, in ihr zusammen- geschlossenen Aktiengesellschaften vertreten sind. Noch zeigen sich die bisherigen Organisationsformen stärker als die zentralistischen Einflüsse. Dabei hat begreiflicherweise die junge Hütte Linz mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen, um so mehr, als sie unter den Reichswerken mit der Alpinen Montangesellschaft vereinigt war. Es wird sich noch zeigen müssen, welche Dauerform die verstaatlichte Eisenindustrie finden wird, die aus Gründen einer rationellen Betriebs- führung stets zu Konzernbildung neigt.

Die chemische Industrie in der Ostzone

Von einem Fachkorrespondenten

Es ist sehr schwer, wenn nicht unmöglich, sich über die Größe (Zahl der Arbeitskräfte, Kapazität, Pro- duktion) und über die Lage der chemischen Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik ein ab- gerundetes Bild zu machen.

1. Die chemische Industrie ist nach Betriebsgröße und Art der Erzeugnisse so vielgestaltig, daß ein Überblick immer schwierig ist. Und in der Ostzone ist die chemische Industrie sowohl in allen Größenklassen, vom Mammutunternehmen (Leuna, Buna Schkopau usw.) bis zum kleinsten Bohnerwachs- und Kerzen- betrieb, als auch mit sehr zahlreichen und mannig- faltigen Produkten, von Massengütern (Kali, Schwe- felsäure, Benzin usw.) bis zum feinsten und kleinsten kosmetischen Artikel, vertreten.

2. Die Abgrenzung gegenüber verwandten und be- nachbarten Gewerbezweigen ist schwankend und flie- bend. In dieser Darstellung sind z. B. nicht berück- sichtigt: die Gummi- und Asbestindustrie, die organi- satorisch vielfach mit der chemischen Industrie zu- sammengefaßt wird, die Papierindustrie, die Treib- stoffindustrie, die in der Ostzone gewöhnlich im eng- sten räumlichen und wirtschaftlichen Zusammenhang mit den mitteldeutschen und Lausitzer Braunkohlen- vorkommen steht und in sowjeteigenen „Kombinaten“ (Böhlen, Espenhain, „Synthese“ Zeitz usw.) zu- sammengefaßt ist.

3. Die chemische Industrie der Ostzone ist in drei „Sektoren“ von sehr verschiedenem Charakter ge- gliedert: a) Der SAG.-Sektor, d. h. die Betriebe der